

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 07.03.2012

Das Protokoll zur Sitzung des Werksausschusses vom 07.03.2012 wurde einstimmig bestätigt.

Zu TOP 4 Themen zum Arbeitsplan Sitzungen des Werksausschusses (ursprünglich zum 07.03.2012) V: Ausschussmitglieder

Von den Ausschussmitgliedern kamen keine weiteren Vorschläge für Themen zu den Werksausschusssitzungen.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 5 Information zur Abfallbilanz 2011 V: Werkleiter KWU-Entsorgung, Leiterin Abfallwirtschaft

Frau Walter-Goers stellte die Abfallbilanz für das Jahr 2011 vor. Der Vortrag hängt dem Protokoll als Anlage 1 an. Sie ging auf Änderungen gegenüber dem Jahr 2010 ein und verwies auf mögliche Ursachen für Abweichungen. Das spezifische Hausmüllaufkommen pro Einwohner lag wie im Vorjahr bei 188 kg. Während die Haus- und Sperrmüllmengen bei Haushalten angestiegen sind, verringerten sie sich im gewerblichen Bereich.

Herr Buch fragte, ob sich das Zahlenmaterial auf die Gebühren auswirkt.

Herr Hildebrandt antwortete, dass die neue Kalkulation noch nicht steht. Das KWU ist stets bemüht, möglichst gleichbleibende Gebühren zu erzielen. Die Senkungen in den letzten 2 Jahren waren der Effektivität der RABA und der Papiererlöse zu verdanken. In Zukunft wird es sicherlich zu Veränderungen kommen.

Herr Opitz fragte, was gegen den Rückgang im gewerblichen Bereich getan wird.

Herr Hildebrandt antwortete, dass von privaten Anbietern günstigere Preise geboten werden. Die Gewerbe halten sich meist nur die vorgeschriebene Pflichttonne für Abfälle zur Beseitigung vor. Frau Walter-Goers ergänzte, dass sich die Entsorgung der hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle in Richtung Haushalte verschiebt. Das belegt auch die Zahl der Zunahme der Abfallgemeinschaften. Die Behälter werden gemeinsam vom Haushalt und Gewerbe genutzt. Im Rahmen der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes laufen derzeit die Hausmüllanalysen, um auch Auskünfte zur Abfallzusammensetzung zu erlangen.

Herr Lang fragte, warum Unterschiede zwischen Haushalten und Gewerben bestehen. Frau Walter-Goers antwortete, dass die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (öRE) bei Haushalten Zugriff auf *alle* Abfälle haben, d. h. Abfälle zur Beseitigung und Verwertung. Bei gewerblichen Abfällen ist der Zugriff auf die Abfälle zur Beseitigung beschränkt. Darum muss das Gewerbe extra bewertet werden. Im gewerblichen Bereich können z. B. Sperrmüllabfälle als Abfall zur Verwertung gewertet werden.

Herr Hildebrandt ergänzte: wenn das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz, wie ursprünglich gedacht, beschlossen worden wäre, hätte das Gewerbe sogar Zugriff auf Haushaltsabfälle erhalten. Dann wäre es zu drastischen Einschnitten gekommen.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 6 Information über die Jahresberichte für die Deponien

V: Werkleiter KWU-Entsorgung, Leiterin Abfallwirtschaft

Frau Walter-Goers informierte über die Jahresdeponieberichte 2011, die gegenüber dem LUGV jährlich zu erstellen sind.

Deponie Buchwaldstraße

Das noch verfügbare Restvolumen zum 31.12.2011 liegt bei 11.117 m³. 2011 wurden aus Umbaumaßnahmen des Krankenhauses in Eisenhüttenstadt 5.300 t Bauschutt und 817 t Winterdienstsand der Stadt Eisenhüttenstadt eingebaut. Das entsprach nach der Vermessung einem Volumenverbrauch von 3.000 m³. Bei einer Einbaudichte von 2:1 t/m³ passen noch ca. 20.000 t auf den Berg. Für 2012 liegen bis jetzt Anträge von ca. 10.000 t für die Ablagerung vor. Im April 2013 soll mit dem Bau des 2. Bauabschnittes begonnen werden. Gasbeprobungen fanden keine statt, da aufgrund der fehlenden Abdichtung die Ergebnisse nichts nützen würden. Die Grundwasseruntersuchungen fanden ordnungsgemäß vierteljährlich statt. Die Wetterdaten werden von der Deponie „Grube Präsident“ genutzt. Interessant war die hohe Niederschlagsmenge im Juli 2011 mit 243 mm. Da die neu angelegten Rasenflächen stark von Wildschweinen zerwühlt wurden, wurde eine Jagderlaubnis eingeholt.

Deponie Selchow

Durch genehmigte Reduzierungen der Nachsorgeintervalle für Grundwasseruntersuchungen und Setzungsmessungen konnten 2011 6,4 T€ eingespart werden. FID-Messungen im Deponieumfeld konnten gänzlich eingestellt werden.

Deponie Friedländer Berg

Auch hier konnten aufgrund des reduzierten Untersuchungsumfangs 4 T€ eingespart werden. Je ungefährlicher eine Deponie ist, je eher kann sie aus der Nachsorge entlassen werden. Danach fallen sie in die Zuständigkeit des Landkreises.

Deponie Petersdorf

Am 24.04.2012 konnte mit der abfallrechtlichen Abnahme der Bau der Sicherung dieser Deponie abgeschlossen werden. Die Maßnahme kostete 2.258.424 € gegenüber der Kostenschätzung mit 2.259.812 €; kostete also rund 1 T€ weniger als geplant. Bei einer abgedichteten Fläche von 30.330 m² entsprach dies einem Preis von 74,45 €/m². In der Abrechnung sind neben den Bauleistungen die Planungs-, Vermessungs-, Rodungs- und Fremdprüferleistungen enthalten.

Deponie „Alte Ziegelei“ (AZ)

Die Deponie wurde zum 31.12.2011 ordnungsgemäß geschlossen. In 2011 wurden 19.210 t Abfälle eingebaut, inkl. 5.340 t für Abdeckungen. Es werden ca. 4.500 m³ Bauschutt benötigt, um die geplante Endkubatur herzustellen. Dazu werden die auf der AKA AZ angenommenen Kleinmengen verwendet.

3.670 t Sickerwasser mussten extern entsorgt werden; 2.000 t weniger als im Vorjahr. 2011 wurde die Sickerwasserinfiltration (Sickerwasserrückführung in den Deponiekörper) gebaut. Mit der Reinigung und Kamerabefahrung von 1600 m Randgraben, Instandsetzung des Randgrabens und der Reinigung des Sickerwasserbeckens wurden gesamt 234.400 € aufgewendet. 119.000 € flossen über Fördermittel zurück, so dass die Kosten für das KWU bei 115.000 € lagen.

Frau Pooch fragte, wie die betroffenen Bürger aus Petersdorf zufrieden sind.

Frau Walter-Goers antwortete, dass aus der Bevölkerung keine weiteren Einwände bekannt sind. Der Baubetrieb hat die noch offenen Forderungen nachgearbeitet. Nach den Beschwerden hatte sich der Baubetrieb an langsames Fahren gehalten. Momentan wird mit der Kommune über die Nutzung der Zufahrtsstraße verhandelt.

Ergänzung durch Herrn Hildebrandt: Die bisher durch das KWU genutzte Plattenstraße liegt teilweise auf Privateigentum. Das KWU hatte zur Nutzung mit 2 Eigentümern Nutzungsverträge

geschlossen. Die Kommune hat jetzt Probleme, weil die Straße wegen der Straßenbaumaßnahmen zwischen Fürstenwalde und Petersdorf stark genutzt wird. Das KWU benötigt diese Zufahrt nicht mehr und würde diese zurückbauen. Inwiefern die Kommune jetzt in die Nutzungsverträge einsteigt, wird derzeit geprüft.

Herr Bublak sprach im Namen aller Dank für die Baumaßnahme in Petersdorf und die Einsparungen bei den anderen Deponien aus und schloss den TOP.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 7 Vorstellung und Entscheidung zum Modellversuch Grünabfallsammlung V: Werkleiter KWU-Entsorgung, Leiterin Abfallwirtschaft

Frau Walter-Goers stellte den Modellversuch Grünabfallsammlung im berlinnahen Raum vor (Anlage 2 zum Protokoll), der im Herbst 2012 starten soll. Ziel ist vor allem die Entlastung der AKA Erkner, wo die Annahme von Grünabfällen stark gefährdet ist, weil die Container zu schnell voll sind und nicht schnell genug gewechselt werden können.

Vorgesehen ist die haushaltsnahe Sammlung in Grünabfallsäcken und Strauchbündel. Beim benachbarten SBAZV kosten die Säcke 1,30 € und die Banderolen 1,45 €. Denkbar sind solche Gebühren auch im KWU, obwohl sie noch nicht kalkuliert werden konnten. Der Modellversuch steht noch am Anfang. Über eine Ausschreibung muss erst einmal eine Kompostierungsanlage gefunden werden, die Grünabfälle in Säcken annimmt. Da die Säcke aufgeschlitzt werden müssen, um auch eine Wiederverwendung zu vermeiden, sind die Aufwendungen höher als bei loser Annahme. Die Säcke sollen in den bisherigen Vertriebsstellen, die auch gelbe und graue Säcke austeilen, angeboten werden. Die Einsammlung erfolgt durch das KWU.

Da die Gebühr im Sommer durch den Kreistag für die Satzung bestätigt werden muss, ist vorab die Zustimmung zum Modellversuch durch den Werksausschuss nötig.

Herr Hildebrandt ergänzte, dass auf der AKA Erkner 2011 ca. 1.500 t Grünabfälle angenommen wurden. Die Schlange der Anlieferer ist nicht selten 100 – 200 m lang, vor allem samstags.

Herr Buch findet eine haushaltsnahe Sammlung gut, weil es auch schwer ist, auf der AKA die Säcke über die Containerwand zu heben. Da der Versuch nicht für Neu Zittau vorgesehen ist, nützt ihm das aber nicht. Er denkt, dass gerade um Neu Zittau durch die vielen Erholungsgrundstücke ein hoher Bedarf besteht.

Herr Hildebrandt äußerte dazu, dass bei positivem Verlauf des Modellversuches, die Grünabfallsammlung flächendeckend im LOS ausgebaut werden soll.

Frau Tschierschky fragte nach dem Zweck der Aktion, da doch die Eigenkompostierung stärker betrieben werden sollte.

Frau Walter-Goers sagte, dass die Kreislaufwirtschaft gefördert werden soll, um den Böden wieder mehr Kompost zuführen zu können. Auch wenn der Anteil der Bioabfälle im Hausmüll hoch ist, sollen vorerst nur die Grünabfälle abgeschöpft und einer Kompostierung zugeführt werden.

Die Eigenkompostierung funktioniert nicht flächendeckend, da viele kleine Grundstücke über keine Eigenkompostierung verfügen.

Herr Buch vermutet, dass dann die Hausmüllabfälle weiter rückläufig sein werden. Frau Neidhardt negierte diesen Einwurf, da im Hausmüll die Grünabfälle nur einen geringen Anteil ausmachen. Küchenabfälle sollen mit dem Modellversuch nicht erfasst werden.

Herr Bohrer fragte, ob die Sammlung mittels Plastetaschen erfolgen soll. Frau Walter-Goers bejahte die Frage. Die Taschen werden aufgeschlitzt und entsorgt.

Entscheidung: Dem Modellversuch wurde einstimmig zugestimmt, um im Augustausschuss die kalkulierte Gebuhr vorlegen zu koennen.

**Zu TOP 8 1. Ergaenzung zur 2. Fortschreibung des integrierten Abfallwirtschaftskonzeptes fuer den Landkreis Oder-Spree fuer den Zeitraum 2008 - 2017
Vorlage: 023/2012**

Herr Hildebrandt stellte die Beschlussvorlage (BV) zur 1. Ergaenzung zur 2. Fortschreibung des AWK bezueglich der Erweiterung der Deponie AZ vor. Er schloss an die Ausfuehrungen von Herrn Bohn an, der ueber den Inhalt der BV in der letzten Ausschusssitzung informierte.

Er verwies darauf, dass die Entsorgungswege derzeit im KWU sicher gebunden sind und im LOS kein Entsorgungsnotstand besteht.

Die Flaechen, die auf der Deponie ausgebaut werden soll, betraegt lediglich 1,8 % der Deponiegrundflaechen und die geplante zunehmende Abfallmenge macht nur 3,5 % des gesamten Ablagerungsvolumens aus. Eine guenstige Gebuehrekalkulation ist aufgrund einer vergleichend auf dem Kopf stehenden halbierten Pyramide moeglich. Die Erweiterung ist nicht nur fuer Buerger und Gewerbetreibende kostengueenstiger, sondern kommt auch der RABA zugute, da die derzeitige Entsorgung der Inertabfaelle aus der RABA nur noch fuer 3 Jahre gesichert ist. Es sollen nur die Abfaelle angenommen werden, die auch bisher auf der Deponie abgelagert wurden.

Die gute Resonanz und Zustimmung aus der letzten Ausschusssitzung ist zwischenzeitlich umgeschlagen, da sich eine Gruppe Alt Golmer gegen das Vorhaben straebt. Die zustaeundige Genehmigungsbehoerde wurde angerufen. Diese wusste noch nichts von dem Vorhaben. Das Vorhaben kann erst angegangen werden, wenn diese BV den Kreistag passiert hat.

In der Region um Alt Golm wurden aggressive ununterschiedene Flugblaetter verteilt, die vor Asbest und Feinstaub warnen. Herr Hildebrandt stellte klar, dass Asbest nur gebunden in Big Bags angenommen wird und kein Feinstaub auf die Deponie gelangt. Der Arbeitsschutz wurde immer strikt eingehalten. Weder beim Deponiepersonal noch beim Personal der benachbarten Veolia GmbH sind Erkrankungen in diesem Zusammenhang bekannt.

Herr Hildebrandt bezeichnete die Verteiler der Flugblaetter als Demagogen.

Auf den Inhalt der BV ging er nicht weiter ein, da diese jedem vorliegt. Diese BV ist jedoch die Vorarbeit fuer die weiteren Planungen. Das KWU kann erst taetig werden, wenn das AWK ergaenzert wird.

Frau Pooch haelt die Flugblaetter fuer unverschaemt und ist entsetzt darueber. Sie fordert eine sachliche Diskussion und ist fuer die Nutzung vorhandener Moeglichkeiten zur Erweiterung der Deponie.

Herr Hildebrandt ergaenzte, dass es sich bei der Verbreitung der Schriften um Unwahrheiten handelt. Eine Versickerung von Schadstoffen ist nicht moeglich, da die Flaechen mit einer Basisabdichtung versehen werden muss.

Auf die Frage von Frau Tschierschky zum Inhalt der BV ging Herr Hildebrandt nochmals auf die Eckpunkte ein und informierte, dass vom LUGV positive Signale gesetzt wurden. Frau Walter-Goers ergaenzte, dass „wesentliche Aenderung“ (gesetzlich vorgeschrieben) im AWK aufge-

nommen werden müssen. Ziel ist, dass wir im eigenen Landkreis für Entsorgungssicherheit sorgen wollen.

Herr Buhrke bezeichnete das Vorhaben als einen sinnvollen Weg, eine schnelle Versorgungssicherheit zu vertretbaren Kosten zu schaffen. Der Landkreis steht hinter diesem Konzept.

Frau Tschierschky versteht nicht, warum der Müll nicht immer weniger wird. Herr Hildebrandt bekräftigte nochmals, dass es sich bei der Ablagerung nicht um Hausmüll handelt, sondern nur die Abfälle angenommen werden sollen, die auch bisher abgelagert wurden. Es wird sicherlich noch 20 – 30 Jahre dauern, bis alles verwertbar ist und Deponien eventuell wieder geöffnet werden, um die Abfälle zu verwerten. Frau Walter-Goers ergänzte, dass es irgendwann kein Asbest mehr geben wird. Ziegel sind derzeit noch nicht recyclefähig und müssen deponiert werden.

Herr Lang hält die Flugblätter für eine Frechheit und ist der Meinung, dass die Bevölkerung mehr über Öffentlichkeitsarbeit aufgeklärt werden sollte. Frau Walter-Goers gab den Hinweis, dass eine Einwohnerversammlung zur Aufklärung der Bürger vorort stattgefunden hat.

Frau Kuschminder fragte, ob es sich um ein Genehmigungsverfahren mit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) handeln wird. Herr Hildebrandt sagte, dass eine Plangenehmigung ohne UVP angestrebt wird, da für die bestehende Genehmigung bereits eine UVP vorliegt, auf die aufgebaut werden kann. Frau Walter-Goers ergänzte, dass eine UVP nicht zielführend ist, weil auf der Deponie keine sensible Flächennutzung vorliegt. Herr Buhrke fügte hinzu, dass es sich um eine Deponie und nicht um eine grüne Wiese handelt.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 9 Sonstiges

Herr Hildebrandt stellte Herrn Schardin als neuen Fuhrhofleiter seit dem 02.04.2012 vor. Der Vorgänger bestand seine Probezeit nicht. Herr Schardin rückte als Zweitbewerber auf.

Herr Schardin stellte sich selbst vor und nannte die Tourenplanoptimierung als eines seiner Ziele.

Frau Walter-Goers informierte, dass am 09.06.2012 ein Tag der offenen Tür auf dem Fuhrhofgelände stattfindet. Dazu hat jedes Ausschussmitglied einen Flyer und eine Einladung erhalten.

Frau Kuschminder lobte die Aufarbeitung der im Werksausschuss verteilten Unterlagen, die sehr kreativ und informativ gestaltet sind. Das Lob ging an Frau Neidhardt und Frau Kalzendorf.

R. Bublak
Stellv. Vorsitzender des Werksausschusses
für den Eigenbetrieb KWU

I. Müller
Schriftführerin